Landeselternschaft Grundschulen NRW e.V.
beim Schulministerium anerkannter Elternverband

Landtagspräsident
Herr André Kuper
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/371

Alle Abgeordneten

28.02.2023

Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion zur „Lehrerstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt voraus-schauend und qualitätssichernd schließen!“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kuper,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit als Landeselternschaft Grundschulen, zu dem o. g. Antrag Stellung zu beziehen.

Der Lehr- und Fachkräftemangel stellt für unser Schulsystem und respektive unsere Kinder **das dringendste Problem im Bildungsprozess** dar. Konsequenzen und Folgen dieses drastischen Mangels werden auch im IQB-Bildungstrend 2021 offensichtlich, auch wenn die Auswirkungen der Pandemie in das Ergebnis verstärkend hinzukommen. Die Unterrichtsversorgung ist aus unserer Perspektive **nur in Zusammenhang mit der kooperativen Ganztagsgestaltung** zu sehen. Guter Unterricht braucht Lehr- und Fachkräfte gleichermaßen.

Ausgangslage und Beschlussfassung
Schüler-Lehrer-Relation und vollzeitverrechnete Lehrerstellen

Die Landeselternschaft Grundschulen NRW e.V. sieht die statistisch leichte Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation, gibt jedoch zu bedenken, dass diese Zahl wenig aussagekräftig ist. Weder die exakte Zahl der originär ausgebildeten Lehrkräfte noch die Menge an Vertretungsstunden bzw. vollständig ausgefallenen Unterrichts aufgrund von Erkrankungen und anderen Gründen werden damit erfasst. Darüber hinaus kann diese Zahl auch keine qualitativen Aussagen machen.

Der Antrag der FDP-Fraktion geht zu den 10.000 anvisierten neuen Stellen der Landesregierung von weiteren 6.000 zusätzlich benötigten vollzeitverrechneten Stellen bis zum Jahr 2026/27 bei Erhalt der aktuell erreichten Schüler-Lehrer-Relation aus.
Wir möchten zwei Aspekte dabei zu bedenken geben:
Zum einen sind weder die Fachkräfteoffensive des Bundes noch das Recht auf Familienzuzug der Syrer:innen und die Erleichterungen für Zuzug aus dem Kosovo sowie ganz aktuell der erleichterte Zuzug für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien berücksichtigt. Inwieweit die Flüchtlingswelle aus der Ukraine in den insgesamt 16.000 Stellen Eingang fand, ist dem Antrag nicht zu entnehmen.

Landeselternschaft Grundschulen NRW e.V.
Keilstr. 37 I 44879 Bochum
Telefon: 0234/5882545
Internet: www.landeselternschaft-nrw.de
E-Mail: info@landeselternschaft-nrw.de

Vorsitzende: Kristine Scholz-Linnert
Geschäftsstelle: Birgit Völxen
Vereinsregister: Amtsgericht Düsseldorf, VR 6765
Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN: DE 29 3702 0500 0008 1544 00
BIC: BFS WD E33 XXX

Zum anderen wird in dem Antrag nicht zwischen den Lehrkräften der Privatschulen und der öffentlich-rechtlichen Schulen unterschieden. Zurzeit müssen die Privatschulen aufgrund der nicht gegebenen Vorgriffsstellen Stellen abbauen. Da wir angesichts stark ansteigender Schülerzahlen beide Zweige im System brauchen, müssen auch die Privatschulen mitbedacht und gestärkt werden.

Um den heutigen Anforderungen im Rahmen des allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule in der Primarstufe, wie sie die Kernlehrpläne beschreiben, gerecht zu werden, bedarf es zudem einer deutlichen Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation sowie weiterer Professionen im Unterricht und einer verbesserten Verzahnung im kooperativen Ganztag.

Daraus folgt: Es ist zwingend erforderlich **mindestens alle zwei Jahre eine Lehrerbedarfsprognose wie auch eine Fachkräftebedarfsprognose** zu erstellen, um proaktiv Lehrkräftemangel wie Fachkräftemangel zu vermeiden und jetzt die Größenordnung der benötigten Maßnahmen zu bestimmen und zu bewerten.

Gewinnung von Lehrkräften und Lehrerstellenbesetzung

Die Angleichung der Einstiegsbesoldung ist aus Sicht der Landeselternschaft Grundschulen ein wichtiges Signal zur Aufwertung des Lehrberufs insbesondere an Grundschulen.
Dies kann nur ein Teil der Lösung sein. Aus unserer Perspektive sind folgende Punkte besonders zu berücksichtigen:

- Hochschulausbildung
    - *Schaffen von Anreizen für Hochschulen, Lehrkräfte auszubilden (u.U. gesetzliche Änderung)*
    - *Herabsetzung oder Abschaffung des Numerus Clausus*
    - *Deutliche Anhebung der Anzahl der Hochschullehrkräfte/Sachmittel und Räumlichkeiten*
    - *Bessere Verzahnung mit den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung(ZfsL), höhere Praxisnähe der Lehrinhalte schon im Studium*
    - *Wissenschaftliches Arbeiten und Didaktik stehen für die Praxis oft im Widerstreit*
    - *Strukturelle Absprachen zwischen Universitäten und ZfsL, damit z.B. in den Zeiten des Praxissemesters keine Klausuren oder Veranstaltungen angesetzt werden können*
    - *Bezahlung des Praxissemesters*
    - Vision: Duales Studium für das Masterstudium im Lehramt
- Seiteneinstieg
    - Trotz größerer Öffnung muss die pädagogische Qualität bestehen bleiben
    - Pädagogisch-didaktische Vertiefung der Ausbildung für Seiteneinsteiger:innen
    - ZfsLs haben eine Zusammenführung der Fächer Deutsch und Mathematik hinter sich. Somit ist es schwierig, nur in einem Fach die weitere Ausbildung in einem der Fächer für Seiteneinsteiger:innen zu gewährleisten.
    - Des Weiteren ist fraglich, ob Seiteneinsteiger:innen, die auch verbeamtet werden können, eines der Fächer ohne berufliche Vorerfahrungen in zwei Jahren berufsbegleitend erlernen können. Grundschuldidaktik und -pädagogik sind nicht gering zu schätzen. Um die Qualität in den beiden Fächern zu gewährleisten, muss für alle Seiteneinsteiger:innen über einen längeren Zeitraum bezahlte Fortbildung stattfinden, die dem Stundenkontingent angerechnet werden sollte.
- Vertretungsstellen
    - Bei langfristigen Vertretungen durch nicht pädagogisch vorgebildete Kräfte sollte sichergestellt sein, dass diese pädagogische und fachdidaktische Weiterqualifikationen erhalten und sie durch das Kollegium begleitet werden.

- Anerkennung ausländischer Abschlüsse für den Lehrberuf
    - Programme wie „Lehrkräfte plus“ sind weiter zu verfolgen und auszubauen.
- Vorbereitungsdienst
    - Eine höhere Flexibilität bezüglich der Durchlässigkeit der Lehrämter erscheint eine sinnvolle Maßnahme zu sein, muss aber fachdidaktische schulformspezifische Qualifizierungen beinhalten.
    - Eine Erhöhung des Stundendeputats selbstständigen Unterrichts ist abzulehnen, da so die Qualität der bereits verkürzten Ausbildung auf 18 Monate nicht mehr gewährleistet werden kann.
- Regionale Versorgung der Schulstandorte
    - Das Listenverfahren sollte hier wieder verstärkt zum Einsatz kommen.
    - Brennpunktschulen brauchen bessere Bedingungen, um den Standortnachteil auszugleichen.
- Schulleitung entlasten
    - Ressourcen schaffen für systemische Koordination!

Festzustellen ist, dass das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung etliche der im Antrag angesprochenen Punkte auch schon aufgenommen hat.

Aus Sicht der Landeselternschaft Grundschulen sollten allerdings zusätzlich zur Lehrerstellengewinnung folgende Punkte besonders in den Blick genommen werden

- Weiterqualifizierung des vorhandenen Personals
- Erhöhung der Kapazitäten im Bereich Sekretariat, Schulverwaltungsassistent:innen unabhängig vom Lehrerstellendeputat, Hausmeister:innenstellen und IT-Fachkräfte durch die Kommunen bzw. das Land
- professionsspezifischer Einsatz im multiprofessionellen Team — nachhaltige Prävention und Nachteilsausgleich

Mit freundlichen Grüßen

Kristine Scholz-Linnert

Landeselternschaft Grundschulen NRW e.V.
beim Schulministerium anerkannter Elternverband

Landtagspräsident
Herr André Kuper
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

28.02.2023

per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion „Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles da-ransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu heben."

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kuper,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit als Landeselternschaft Grundschulen, zu dem o. g. Antrag Stellung zu beziehen.

Die Grundschule legt das Fundament für die schulische Bildung unserer Kinder und ist maßgeblich für den weiteren Bildungs- und Lebensweg. Eltern und Schüler:innen machen hier ihre ersten Erfahrungen mit Schule, was zu einer besonderen Verantwortung für die Grundschule führt. Als Schule für alle Kinder ist jede Grundschule eine Schule des gemeinsamen Lernens.
Die altersgemäße Erfüllung des in § 2 SchulG beschriebenen Bildungs- und Erziehungsauftrags ist Ziel der Grundschule. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht die Grundschule neben dem rechtlichen Gerüst ausreichende Ressourcen und zeitgemäße Strukturen. Unsere Kinder sollen einen individuellen Lebensweg gehen können und den Anforderungen einer Gesellschaft im 21. Jahrhundert gewachsen sein.

Die Herausforderungen an den Schulen sind so rasant gestiegen, dass bei gleichbleibenden bis leicht gestiegenen Ressourcen die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 die Realität spiegeln.
Mit Blick auf die besonderen Bedingungen des Landes NRW muss die Ressourcenlage drastisch und schnell verbessert werden. Dies bedeutet auch auf die Ausbildung der Lehr- und Fachkräfte zu achten, insbesondere auf die zunehmende Anzahl an Seiteneinsteiger:innenn und fachfremden Kräfte im Ganztagssystem.

Ausgangslage und Beschlussfassung

Die Landeselternschaft Grundschulen sieht die Fächer Mathematik und Deutsch als grundlegende Fächer für den Schul- und weiteren Lebensweg. Dringend möchten wir aber darauf hinweisen, dass alle Fächer gleichberechtigt Kompetenzen stärken und fördern können, die über das bloße Fach hinausgehen und damit einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung wie auch zum Erlernen der Kompetenzen Lesen, Rechnen, Schreiben beitragen.
Um der Anforderung, den Schüler:innen zu ermöglichen, alle in den Lehrplänen stehenden

Landeselternschaft Grundschulen NRW e.V.
Keilstr. 37 I 44879 Bochum
Telefon: 0234/5882545
Internet: www.landeselternschaft-nrw.de
E-Mail: info@landeselternschaft-nrw.de

Vorsitzende: Kristine Scholz-Linnert
Geschäftsstelle: Birgit Völxen
Vereinsregister: Amtsgericht Düsseldorf, VR 6765
Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN: DE 29 3702 0500 0008 1544 00
BIC: BFS WD E33 XXX

Kompetenzen zu erlernen, müssen die Schulen aus unserer Sicht die schulinternen Lehrpläne auch mit Gewichtungen der zu erlernenden Inhalte und Kompetenzen bearbeiten, damit für die Basiskompetenzen in jedem einzelnen Fach mehr Zeit für das Lehren und Vertiefen bleibt. Die weiteren wichtigen nicht basalen Kompetenzen müssen dann zwar gelehrt, aber nicht mit dem gleichen Aufwand vertieft werden.
Ebenso wichtig ist es aber auch, genau zu schauen und zu planen, welche Aspekte von Unterricht Alltagshelfer:innen , Sozialarbeiter:innen und andere Professionen übernehmen können, damit Lehrkräfte progressionsorientierten Unterricht gestalten können. Dies muss immer in guter Kommunikation und Abstimmung mit allen beteiligten Professionen gestaltet werden.

Abgesehen von der Gewichtung der zu erlernenden Kompetenzen, weisen wir an dieser Stelle, wie in der Vergangenheit schon häufig angebracht, darauf hin, dass die Lehrpläne deutlich zu viele Inhalte und Kompetenzen in allen Fächern aufweisen. Hier gilt es im Rahmen der nächsten Lehrplanüberarbeitung, diese von der schieren Masse an Inhalten und Kompetenzen nicht zu befreien, jedoch radikal zu entschlacken.

Die Landeselternschaft Grundschulen möchte hervorheben, dass neben dem fachlichen Erlernen gerade der sozial-emotionale Aspekt der Entwicklung der Schüler:innen stärker in den Mittelpunkt der Anstrengungen gesetzt werden muss. Die Kompetenzen Lesen, Rechnen, Schreiben lassen sich nur darauf aufbauend mit einem gesunden Körper und Geist erreichen. Dies braucht Zeit und personelle Ressourcen sowie eine Haltung, die Fehler positiv bewertet und als Teil der Entwicklung begreift.
Zitat aus den Kernlehrplänen:

- […]*Damit sich Kinder sprachlich weiterentwickeln können, muss ein anregendes und akzeptierendes soziales Miteinander in gegenseitiger Wertschätzung hergestellt werden, in dem das Lernen in der Gemeinschaft einen festen Platz hat*.[…]
- […]*In Ergänzung der frühkindlichen Bildung in der Familie gehört zu den Aufgaben des Elementarbereichs die ganzheitliche Förderung des Kindes in der Entwicklung seiner Persönlichkeit durch informelle, erkundende und spielerische Lernformen. Im Sinne eines Kontinuums greift die Primarstufe individuelle Lern- und Bildungserfahrungen in der Schuleingangsphase auf, führt sie alters- und entwicklungsgemäß fort und leitet behutsam Formen systematischen Lernens und Arbeitens an.[…]*

Deshalb müssen folgende Aspekte als Konsequenz aus den Ergebnissen des IQB-Bildungstrends 2021 berücksichtigt werden und die nötigen Schlussfolgerungen gezogen werden:

- Auf den Anfang kommt es an. Die frühkindliche Bildung wie auch die Primarstufenbildung müssen deutlich besser ausgestattet werden.
  - Sprach-Kitas sind nur als Teil der Problembewältigung zu sehen. Wir brauchen mehr Fachkräfte in den Kitas, damit auch Zeit bleibt, mit den Kindern zu spielen, zu sprechen und sie zu beobachten, um möglichen Defiziten früh begegnen zu können. Sprachbäder sind wichtig!
  - Frühe Intervention, statt späte Reparatur.
- Die Landeselternschaft Grundschulen begrüßt den Ausbau von Familienzentren. Dies sollte mit einer vertieften Verzahnung von Familienarbeit einhergehen. Allerdings ist ad hoc erst einmal sicherzustellen, dass die auslaufenden Stiftungsmittel vom Land übernommen werden und eine gesicherte Finanzierung für den Ausbau von weiteren Familienzentren zur Verfügung gestellt wird.

- Der Bedarf an Sozialarbeiter:innen, Sonderpädagog:innen, Psycholog:innen und anderen Professionen darf nicht an dem gemessen werden, was am Markt da ist, sondern an dem, was tatsächlich in den Schulen gebraucht wird. Die Landeselternschaft sieht es als elementar an, dass jede Grundschule mindestens eine sonderpädagogische Fachkraft zur

Verfügung gestellt wird. Allerdings muss hier der Blick auf die Ausbildung dieser Fachkräfte gerichtet werden, da der Arbeitsmarkt nicht über große Reserven an sonderpädagogischen Fachkräften verfügt.

Desgleichen gilt auch für Sonderpädagog:innen. Hier gilt es, dringend noch weitere Studienplätze bereitzustellen, deutlich über das bisherige Maß hinaus. Insbesondere mit Blick auf die schon bestehenden, aber auch noch kommende Herausforderungen durch die Pandemie wie auch den Zuzug von Schüler:innen nach Deutschland. (Siehe Fachkräfteoffensive des Bundes, Zuzug aus Syrien, der Türkei, Ukraine u. a. m.)

- Dringend muss die Abschaffung des Numerus Clausus herbeigeführt, die Anzahl der Primarstufenplätze bedarfsgerecht erhöht sowie die Studienabbrecherquoten minimiert werden. Hierzu ist die Verbesserung u. a. der Qualität und der Bedingungen der Hochschulausbildung vonnöten. Anzustreben ist dabei ebenso eine deutliche Verbesserung der Hochschuldidaktik.
- Die Schulen brauchen weitere Mittel und personelle Ressourcen, um die Folgen der Corona-Pandemie auszugleichen. Dies wird noch einige Jahre Zeit in Anspruch nehmen. Dementsprechend müssten die Corona-Fördermittel, die den Schulen zur Verfügung standen, dringend weiterhin zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind Brennpunktschulen überproportional zu bedenken.
- NRW braucht klare, allgemein verbindliche Regelungen, bei denen die Kommunen ausreichend Sekretariats- und Hausmeisterstellen bereitstellen, da die heutigen Anforderungen im Verwaltungsbereich mit 1 Tag Sekretariat nicht zu bewältigen sind. Zusätzlich benötigen die Schulen IT-Fachkräfte zur Unterstützung, damit Lehrkräfte ihren originären Aufgaben nachkommen können und nicht noch den Schulserver betreuen müssen.

Die Mittel für die nordrhein-westfälischen Grundschulen müssen insgesamt drastisch erhöht werden. Geld und ganztägige Bildung ist, siehe Hamburg, ein wirkungsvoller und qualitativer Hebel für erfolgreiche Schullaufbahnen und demzufolge Lebenswege. Dies darf nicht nur einem Stadtstaat gelingen, sondern muss auch in einem Flächenland wie NRW ermöglicht werden. Auf Dauer ist diese Investition die einzige Alternative, um zukunftsfähig zu bleiben. Schulausgaben des Landeshaushalts und der Kommunalhaushalte sind finanzielle Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und damit auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Mit freundlichen Grüßen

Kristine Scholz-Linnert